

Kriegen und Krisen ihre Heimat verlassen. Die Fluchtgründe sind so vielfältig wie die Möglichkeiten für das Engagement.

Integration ist keine Einbahnstraße. Die Aufnahmegesellschaft ist ebenso gefordert. Gefragt sind Menschen, die weltoffen sind und dennoch verwurzelt in ihrer eigenen Identität. Das ist meines Erachtens das Rezept, um ohne Vorurteile auf Zugewanderte zugehen zu können. Wobei: ein Spaziergang ist es bestimmt nicht. Ich habe die durchgelaufenen Schuhsohlen von Kinderschuhen gesehen, die den Weg von Griechenland nach Mazedonien gegangen sind. Ich habe die Narben von Frauen gesehen, die von den Taliban verletzt worden sind. Ich habe

die Dankbarkeit von Männern und Frauen erlebt, für die ein Gespräch, eine Anteilnahme ein Geschenk ist.

Meine Vorstellung vom Christin-Sein aus dem Evangelium heraus ist die Anerkennung der Menschenwürde aller Menschen, unabhängig vom Reisepass oder von der Herkunft. Meine Vorstellung vom Christin-Sein aus dem Evangelium heraus ist es, andere Menschen zu motivieren und zu mobilisieren, sich auch für Geflüchtete einzusetzen, Begegnungsräume zu ermöglichen, Begegnungen zu initiieren. Aufeinander zugehen, einander begegnen, miteinander weitergehen, auch das sind Aufgaben in der Welt von heute. ■

■ Da werden Egoisten gezüchtet und die meisten durchschauen nicht das böse Spiel.

Vernachlässigung der Zivilgesellschaft

Orthopraxie geht vor Orthodoxie

■ Mit RAINALD TIPPOW sprach PETER PAWLOWSKY

Herr Dr. Tippow, sie leiten die Pfarrcaritas der Erzdiözese Wien und waren für ein Jahr Flüchtlingskoordinator. Also geht die Frage an Sie: Was kann an der Basis, in den Pfarren für Flüchtlinge getan werden?

Wir hatten schon eine sehr lange Tradition der Betreuung von Menschen auf der Flucht, als wir für Menschen aus Syrien, Afghanistan, Irak, die seit 2015 gekommen sind, Wohnungen gesucht haben. Da gab es noch viele Wohnungen, die in Pfarren zur Verfügung gestanden sind, für Flüchtlinge aus Vietnam und relativ viele für bosnische Flüchtlinge, mittlerweile ältere Ehepaare, wo die Kinder ausgezogen sind, und die ganz normal in den Arbeits- und Lebensprozess eingegliedert sind. Von 600 Pfarren, die es in der Erzdiözese Wien gibt, haben 250 Pfarren Menschen auf der Flucht aufgenommen. Auf der einen Seite muss man sagen: Das ist eine sehr schöne Ergebnis. Aber Papst Franziskus hat gesagt,

jedes „Heiligtum“ soll eine Flüchtlingsfamilie aufnehmen. Wäre das in Europa geschehen, hätten wir zu wenige Flüchtlinge gehabt! Die Zahl der Pfarren, der Kirchengemeinden und sonstigen religiösen Einrichtungen, vor allem der Ordenspfarren, ist in Europa deutlich größer, als die Zahl der Flüchtlingsfamilien.

Immerhin ist das Ergebnis beachtlich. Wieso wird das öffentlich nicht wahrgenommen?

Es gibt eine öffentliche Wahrnehmung, die deutlich davon differiert. Da hat es also diese „Willkommenskultur“ gegeben – ich tu mir mit der Wort ganz schwer, weil ich finde: Da waren Menschen in Not und man hat einfach geholfen. Es sind unentwegt ganz verschiedene Gruppen in Not und zu dieser Zeit waren es eben Menschen auf der Flucht. Allein die Pfarren unserer Diözese machen etwa dreieinhalb tausend Projekte im Jahr – von punktuellen Geld-



Rainer Tippow studierte katholische Theologie und absolvierte Ausbildungen an der Akademie für Sozialmanagement und am Bundesinstitut für Erwachsenenbildung. Er ist Vorstandsmitglied von Oikocredit. Er leitet seit 2002 die Pfarrcaritas der Erzdiözese Wien.

■ **Hätte jede europäische Pfarre Flüchtlinge aufgenommen, hätten wir zu wenige Flüchtlinge gehabt.**

sammlungen über regelmäßige Aktionen wie Lebensmittelausgaben, Lern-Cafés, Caritas-Sprechstunden, Besuchsdienste usw. Demgegenüber sind die 250 pfarrlichen Flüchtlingsbetreuungsprojekte zahlenmäßig weniger als zehn Prozent. Aber die öffentliche Wahrnehmung ist: Die Caritas sammelt Geld, schickt es nach Afrika und holt Menschen aus Afrika hierher. Das entspricht überhaupt nicht der Realität. Wir hatten im letzten Jahr noch 99 Pfarren in Betreuung, aber der Schwerpunkt hat sich verlagert von Unterbringung hin zu Integrationsarbeit. Integrationsarbeit ist um ein Vielfaches aufwändiger als die Unterbringung, und es zeigt sich, was für eine gewaltige Kraft in der Zivilgesellschaft, auch in der kirchlichen Zivilgesellschaft da ist.

Wie sehen Sie die Rolle des ehrenamtlichen Engagements?

Jene Fälle, wo Menschen erfolgreich auf Arbeitsplätze, Ausbildungen, in Kompetenzchecks vermittelt wurden, da sind annähernd zu hundert Prozent Ehrenamtliche dahinter gestanden. Die haben gesagt: Ich geh mit dir aufs AMS, ich mach mit dir einen Kompetenzcheck, ich klappere mit dir die Ämter ab usw. Ein ganz großes Problem ist, dass die öffentliche Hand, die Verwaltung, die Ehrenamtlichen überhaupt nicht als Partner oder Partnerin sieht. Würde man sagen, wir nehmen dieses Partnersystem ernst, könnte man auch in den 20 Minuten Beratungszeit, die ein arbeitsloser Syrer hat, am AMS etwas mehr erreichen. Jedenfalls verstehen unsere pfarrlichen Ehrenamtlichen nicht, warum ein junger Mensch, der etwas machen will, der darauf hungrig ist, sich eine neue Existenz aufzubauen, warum der in zwölf Stunden Deutschkurs geparkt wird mit einem halben Jahr Wartezeit davor.

Woran liegt das? Hat das AMS zu wenige Leute oder ist das höhere politische Absicht?

Oft hat man schon den Eindruck, es wird den Menschen vermittelt: Wir wollen Euch eigentlich nicht hier haben. Die Menschen werden beschämt. Den Menschen wird gesagt, ihr seid ein Kostenfaktor und das spüren die auch.

Ich glaube, dass hier ganz gezielt mit Angst gearbeitet wird. Wir haben seit zehn Jahren keinen Terroranschlag gehabt – ich hoffe auch, dass es so bleiben wird –, aber wir haben gewaltige Anstrengungen in der Terrorbekämpfung. In Österreich sterben in zehn Jahren tausende Menschen am Rauchen, da gibt es vergleichsweise weniger Anstrengungen, dagegen null Terrortote. Das ist ein politischer Aspekt. Der zweite Aspekt, den ich im System der Verwaltung sehe: Es ist meiner Meinung nach überhaupt falsch, einen jungen Mann aus Afghanistan, eine junge Frau aus Syrien oder einen mittelalterlichen Mann aus dem Irak im AMS-System als Arbeitslose zu parken. Wenn ein Kind geboren wird, muss man erst 15 bis 25 Jahre investieren, bevor dieser Mensch Steuern zahlen wird. Bei Menschen auf der Flucht glaube ich, dass man sie in aller Regel bei intensiver Betreuung in drei bis fünf Jahren dort hat, wo sie eine Zukunft haben und dann 30, 40 Jahre ins System einzahlen können – das ist unterm Strich viel billiger, als der normale Weg.

Immer häufiger wird davon geredet, dass unser Sozialsystem ausgenutzt und missbraucht wird.

Ich kenne natürlich auch die Fälle jener, die sagen: super, ich nutz das System aus, aber das ist wirklich eine Randerscheinung. Das Problem ist wahrscheinlich an der Schnittstelle zwischen Verwaltung und Politik zu suchen, dass nämlich die Zivilgesellschaft nicht ernst genommen wird. Wir haben Ehrenamtliche, die ihren Mann und ihre Frau stehen in ihrem täglichen Job, wir haben Leute, die viel Knowhow haben, die aus ihrem Hintergrundberuf technisches Wissen, juridisches Wissen usw. mitbringen. Wir haben pensionierte Sozialarbeiterinnen, die sich ehrenamtlich um Flüchtlinge kümmern. Das alles ist ein gewaltiges Wissenspotential! Also wir sind nicht so dumm, wie Verwaltung und Politik glauben. Und würde man sagen, wir holen uns hier die Zivilgesellschaft ins Boot, könnten wir heute schon sehr viel weiter sein. Wiewohl man auch sagen muss, dass

Integrationsarbeit, was etwa Sprachkurse durch nachgeordnete Dienststellen oder Partnerbetriebe des AMS betrifft, sehr viel mehr gemacht wird als früher.

Neu ist die Tatsache, dass auch Menschen, die schon lange in Österreich leben, sozusagen Flüchtlinge von anno dazumal oder deren Nachkommen, jetzt spät aber doch, Deutschkurse in Anspruch nehmen.

Ein Beispiel: Eine junge Syrerin, 22 Jahre alt, hatte vor ein paar Wochen den ersten Deutschkurs; sie hat über ein Jahr gewartet und war schon sehr frustriert. Und dann kommt sie von dem Kurs zurück und erzählt: Meine Sitznachbarin ist eine Türkin, die nach Österreich gekommen ist in dem Jahr, in dem ich geboren wurde. Eine Türkin, die seit 22 Jahren in Österreich lebt, im ersten Deutschkurs! Im Gegensatz zu den klassischen Gastarbeitern, die schon in den 90er Jahren keine Gastarbeiter mehr waren, die seit 30 Jahren da waren, aber noch immer als Gastarbeiter bezeichnet wurden, über die man gesagt hat: Da braucht man ja keine Integrationsbemühungen machen, das ist gleichgültig: Die Frauen sollen putzen, sie Männer sollen Straßen bauen, der Rest geht uns nichts an. Meine Tochter arbeitet in einer Volksschule im 10. Bezirk. Die Schwierigkeiten, die jetzt dort diskutiert werden, sind nicht die paar Flüchtlingskinder, sondern türkischstämmige Jugendliche, deren Großeltern in den 60er Jahren hierhergekommen sind und deren Eltern nicht Deutsch können. Das baden die Flüchtlinge derzeit aus. Die Zahl der Deutschkursplätze ist gewaltig aufgestockt worden. Und dort, wo man zu wenig Menschen auf der Flucht gehabt hat, die die Kurse besuchen können, füllt man diese Plätze mit Menschen mit Migrationshintergrund, die älter geworden sind. Es hat damals unter dem Integrationsstaatssekretär große Ansätze gegeben: Die Lern-Cafés, die nach wie vor funktionieren. Aber den Menschen zu signalisieren: Wir wollen Euch nicht, während man gleichzeitig weiß, die werden hier bleiben, das ist ganz problematisch.

Was machen Sie, um an der Basis in den Pfarren für diese Aufgaben zu motivieren?

Wir haben aufgehört, jene zu motivieren, die nicht wollen. Das Evangelium ist ganz klar. Es gibt eine Möglichkeit, um in den Himmel zu kommen: Hungerige zu speisen, Obdachlose, Fremde aufzunehmen usw. Die Orthopraxie kommt vor der Orthodoxie. Wer das nicht gesehen hat oder aus der Bibel nicht erkennt, da können wir als Pfarrcaritas nichts tun. Aber die Zahl der Menschen, die etwas tun wollen, ist gewaltig. Wir haben mehrere 10.000 Einzelübernachtungen in Pfarren gehabt von den Menschen, die durchgereist sind, und wir haben nach wie vor 250 Pfarren, die jetzt zwei Jahre lang Quartiere zur Verfügung gestellt haben. Das heißt: 700 Nächte für 1.100 Menschen auf der Flucht, also haben wir eine dreiviertel Million Übernachtungen in den letzten zwei Jahren bewerkstelligt. Die Zahl der Pfarren, die etwas tun wollten, war groß und sie waren sofort da, obwohl sie die anderen dreieinhalbtausend Projekte weiterhin gemacht haben.

Haben Sie nur gewartet, bis die Pfarren auf Sie zukommen, oder hat die Pfarrcaritas einen Plan entwickelt, als die Flüchtlingswelle besonders groß war?

Wir sind damals viel herumgefahren, wir haben viele Veranstaltungen in Pfarren gemacht, wir haben ganz viele Telefonate geführt mit Caritas-Kreisen, mit Priestern und haben die ganze Bandbreite kennen gelernt: Von rassistischen, antiislamischen Ausfällen bis zu einer Pfarre im Weinviertel, die 2000 Einwohner hat. Da waren beim Erstinformationsabend 180 Personen anwesend, und es ist nur um die Frage gegangen, wer macht was, wer renoviert das Haus, wer kümmert sich, wenn die da sind, um die Schule, wie stellen wir den Kontakt zum Arzt her? Bis zu Veranstaltungen, die wir schließen mussten, weil gezielt Leute drinnen gewesen sind, die akkordiert an fünf verschiedenen Stellen gegessen sind und aufgezeigt und gefragt haben: „Wie verhindern Sie, dass ich neben einem Negerweib sitzen muss?“ Wo dann gerufen worden ist: „Die Leute von der

■ Schwierig sind nicht die paar Flüchtlingskinder, sondern türkischstämmige Jugendliche, deren Großeltern in den 60er Jahren hierhergekommen sind und deren Eltern nicht Deutsch können. Das baden die Flüchtlinge derzeit aus.

■ Den Menschen zu signalisieren: Wir wollen Euch nicht, während man gleichzeitig weiß, die werden hier bleiben, das ist ganz problematisch.

Gewandausgabe in einer Caritas-Sammelstelle



Caritas gehören geköpft!“ usw. Aber wir haben nicht gegen Windmühlen gekämpft.

Wie sehen Sie die Zukunft? Die Flüchtlingswelle ist abgeebbt, aber aller Voraussicht nach will die neue Regierung das Asylrecht verschärfen und beim Geld für Flüchtlinge sparen.

Eine Aktion nennt sich: „Christlich geht anders“: Was meint die Bibel? Wir haben eine zweifache Aufgabe: Konkretes tun und dann die anwaltschaftliche politische Komponente im Auge behalten. Da ist innerkirchlich noch sehr viel zu arbeiten, weil durch 1700 Jahre Verzahnung von Kirche und Macht der Befreiungsaspekt, der Gerechtigkeitsaspekt, der politische Aspekt der Bibel im Hintergrund gewesen ist. Die Bibel ist ganz klar: Es geht um die Befreiung des Menschen, es geht um den aufrechten Gang. Im Buch Exodus geht es darum, dass wir uns um den wohnungslosen Fremden zu kümmern haben usw. Von daher ist die Botschaft eine ganz klare und es ist sehr wichtig, dass wir jene in der Politik, die sagen, sie haben christlich-soziale Wurzeln, daran erinnern, was das bedeutet. Wir

müssen herausstellen, dass unser Gemeinwohldenken auf den Prinzipien der Freiheit, der Menschenwürde und der Solidarität beruht. Wir sind davon überzeugt, das ist immer noch der beste Weg in die Zukunft, und dass man zeigen kann: Das funktioniert im Praktischen.

Die Minderung der sowieso kargen finanziellen Unterstützung bringt nicht nur Flüchtlinge, sondern auch österreichische Arme in eine ausweglose Lage.

Die Lösung der Probleme liegt nicht in „Schattenboxen“. Wenn wir wissen, dass bei den gesamten Sozialkosten, die wir in unserem Land haben, die Kosten für die Menschen auf der Flucht bei weniger als einem Prozent liegen, und ich kürze denen dann noch einmal ein Drittel, damit lösen wir unsere Probleme nicht. Wir haben soziale Probleme im Bereich der Pflege, der pflegenden Angehörigen. Wir wissen, dass die 24-Stundenpflege zu annähernd hundert Prozent auf den Schultern von Frauen aus Osteuropa ruht, und jetzt kürzen wir denen noch die Kinderbeihilfe. Wir sollten denen einen ordentlichen Lohn zahlen, keinen Stundenlohn im Minimalbereich. Sollte der Zwang zu kürzen auch auf Wien ausgeübt werden, wird es obdachlose Familien geben, ein Anstieg der Kriminalität zu verzeichnen sein und wir werden vor allem viel mehr Ausbeutungsverhältnisse haben, wie wir sie schon jetzt kennen. Unser Reichtum ist auf der Basis von Armut aufgebaut, vielen von uns geht es deswegen so gut, weil diesen Menschen etwas weggenommen wird. Niemand kann mir erzählen, wie man von 500 € im Monat leben kann. Das ist völlig illusorisch. Jeder, der eins und eins zusammenrechnet, weiß: Es wird Illegalität stattfinden müssen, es geht nicht anders.

Wenn das Ganze politisches Kalkül ist – man treibt die Leute zuerst in die Illegalität und sagt dann: „Schaut, wir haben schon immer gesagt, die haben ein Nahverhältnis zum Grau- und Schwarzarbeitsbereich.“ – dann schafft man eine sich selbsterfüllende Prophezeiung, die äußerst zynisch wäre. Da sind wir auch als Kirche gefordert, sie auch als solche zu benennen. ■